



ProPeace

Eine Stadt bricht das Schweigen

Kommunale Konfliktberatung in Hildesheim

Impressum

Herausgegeben von
Pro Peace
Forum Ziviler Friedensdienst e. V.
Am Kölner Brett 8
50825 Köln

kommune-und-konflikt@propeace.de
www.propeace.de

Gestaltung: ZCKR Netzwerk, kontakt@zckrnetzwerk.de

Veröffentlichung: Februar 2026

Bildnachweis

Titel: Jan Felix Bergmann; S. 3: Lars Kaletta; S. 4: Oliver Tjaden; S. 8: Marie Konrad; S. 9: Jan Felix Bergmann; S. 10: Polizeiinspektion Hildesheim (Bild M. Weiner), Jan Felix Bergmann (Nordstadt von oben); S. 13–18: Jan Felix Bergmann; S. 19: Melanie Gündüz (Bild M. Gündüz), Jan Felix Bergmann (Bild S. Öztürk und B. Şafak); S. 20: Jan Felix Bergmann; S. 21: Emin Tuncay (Bild E. Tuncay), Gregor Maaß (Bild Unterführung); S. 23: Heike Augustin (Bild H. Augustin), Katya Romanova (Bild G. Maaß), Pro Peace (Bild W. Dörner)

Die Kommunale Konfliktberatung in Hildesheim wurde im Rahmen des Projekts „Kommunen im Fokus: Konflikte nutzen – Integration gestalten“ (Laufzeit 03/2023 – 02/2026) umgesetzt.



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Niedersachsen ist ein tolerantes und weltoffenes Land. Aber auch hier – wie überall – kann das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlicher Herkunft, Kultur oder Religion auf der kommunalen Ebene mitunter zu Herausforderungen oder Konflikten führen. Um diesen bereits im Ansatz zu begegnen und einer Eskalation oder einer Instrumentalisierung durch extremistische Gruppen vorzubeugen, sind Dialog und Teilhabe wichtig. Diese können nicht von oben herab verordnet werden, sondern müssen vor Ort stattfinden.



Dr. Andreas Philippi
Niedersächsischer Minister für
Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung

Hier müssen wir Antworten auf die Frage finden, was unsere Gesellschaft und was wir persönlich zur Lösung solcher Herausforderungen und Konflikte beitragen können und müssen. Mit Blick gerade auf die örtliche Ebene bin ich überzeugt, dass Pro Peace mit dem Konzept der Kommunalen Konfliktberatung – insbesondere im Kontext von integrationsbezogenem sozialem Wandel – einen wirkungsvollen partizipativen und konstruktiven Ansatz bietet.

Das Beispiel Hildesheim zeigt praktisch, wie das erfolgreich aussehen kann. Mit Hilfe einer systemischen Herangehensweise in den Quartieren können zusammen mit den dort lebenden Menschen Partizipation und Aushandlungsprozesse zum Motor für eine starke und nachhaltige Bürgerbeteiligung werden und letztlich zu einer Festigung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratie führen. Hier bin ich Pro Peace sowie der Stadt Hildesheim sehr dankbar für das große Engagement, mit dem sie die besondere Lage in der Hildesheimer Nordstadt aufgegriffen, einen partizipativ geprägten Prozess gestaltet und damit wirkliche Teilhabe geschaffen haben.

Für die Landesregierung stehen Chancengleichheit, Transparenz und ein gelebtes Miteinander im Mittelpunkt unserer Gesellschafts- und Integrationspolitik. Ziel ist, dass Konflikte nicht eskalieren, sondern produktiv für eine zukunftsfähige Gestaltung des Gemeinwesens genutzt werden, ganz bewusst unter Achtung und Einbeziehung der gesellschaftlichen Vielfalt in unseren Städten und Dörfern. Das unterstützen wir als Niedersächsisches Sozialministerium bereits seit 2014, auch finanziell.

Wirkliche Teilhabe braucht Miteinanderreden, Zuhören und gegenseitigen Respekt. Und den Mut und die Bereitschaft aller Konfliktparteien, gemeinsam nach Lösungen zu suchen. In Hildesheim ist das gelungen. Aus Schweigen und Gegeneinander wurden Gespräch und Austausch. Durch das gemeinsame Engagement aller Beteiligten wurden Herausforderungen zu Perspektiven, die eine starke demokratische Gesellschaft in der Kommune ermöglichen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre dieser Broschüre und allen, die in Hildesheim aktiv sind, weiterhin viel Erfolg bei Ihrem Engagement vor Ort.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Andreas Philippi'.

Dr. Andreas Philippi
Niedersächsischer Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung



Dr. Ingo Meyer
Oberbürgermeister
der Stadt Hildesheim

*Liebe Leserinnen,
liebe Leser,*

Hildesheim versteht sich als tolerante und weltoffene Stadt. Dieses Selbstverständnis ist Anspruch und Verpflichtung zugleich – besonders in Zeiten gesellschaftlicher Verunsicherung und kontroverser Debatten.

Die Ereignisse rund um die Schließung der sogenannten DIK-Moschee im Jahr 2016 haben unsere Stadt vor große Herausforderungen gestellt. Neben der notwendigen juristischen Aufarbeitung blieben viele Menschen mit Fragen und Sorgen zurück.

Aus der Stadtgesellschaft heraus entstand daher der Wunsch, Räume für Austausch und Verständigung zu schaffen. Die Stadt Hildesheim hat diesen Wunsch aufgegriffen und Pro Peace gebeten, die Konzeption und Durchführung eines umfassenden Dialogprozesses zu begleiten. Ziel war es, unterschiedliche Perspektiven zusammenzuführen, Vertrauen zu stärken und gemeinsame Handlungsperspektiven für das zukünftige Zusammenleben der Religionen und Kulturen in unserer Stadt zu entwickeln.

Dieser Prozess war anspruchsvoll. Vorbehalte, Fremdzuschreibungen und Unsicherheiten mussten offen angesprochen und bearbeitet werden. Entscheidend war, dass insbesondere die Stadtverwaltung frühzeitig und aktiv den Dialog mit muslimischen Communities gesucht und um Vertrauen in den Prozess geworben hat.

Heute zeigt sich: Der Dialog wirkt. Er hat dazu beigetragen, gegenseitiges Verständnis zu fördern und neue Formen der Zusammenarbeit zu ermöglichen. Zugleich lernen wir, wo weiterhin Herausforderungen bestehen – und begreifen diese als gemeinsame Aufgabe auf dem Weg zu einer Stadt, in der Toleranz und Weltoffenheit nicht nur Leitbild, sondern gelebte Praxis sind.

Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen und den begonnenen Dialog verstetigen. Mein ausdrücklicher Dank gilt dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) sowie dem Niedersächsischen Sozialministerium für die Förderung der Beratung durch Pro Peace. Ohne diese Unterstützung wäre dieser anspruchsvolle und nachhaltige Dialogprozess kaum möglich gewesen.

*Mit herzlichen Grüßen
Ihr*

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'I. Meyer', written over a light blue circular stamp.

*Dr. Ingo Meyer
Oberbürgermeister*

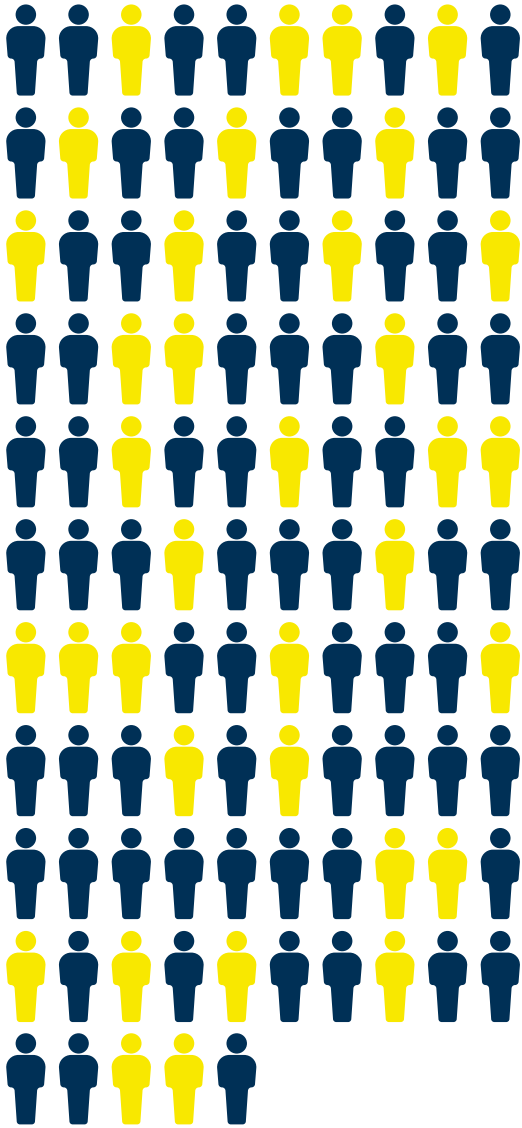
Inhalt

- 6 ————— Hildesheim auf einen Blick
- 8 ————— Ausgangssituation zu Beginn der Beratung
- 11 ————— Meilensteine im Beratungsprozess Hildesheim
- 13 ————— Von der Sprachlosigkeit in den Dialog – Ein Lernprozess für Stadt und Verwaltung
- 16 ————— Wirkung der Kommunalen Konfliktberatung in Hildesheim
- 18 ————— Austausch auf Augenhöhe – Stadtverwaltung und muslimische Communities im Dialog
- 20 ————— Und wie geht's nun weiter, Hildesheim?
- 22 ————— Kommunale Konfliktberatung
- 23 ————— Das Beratungsteam

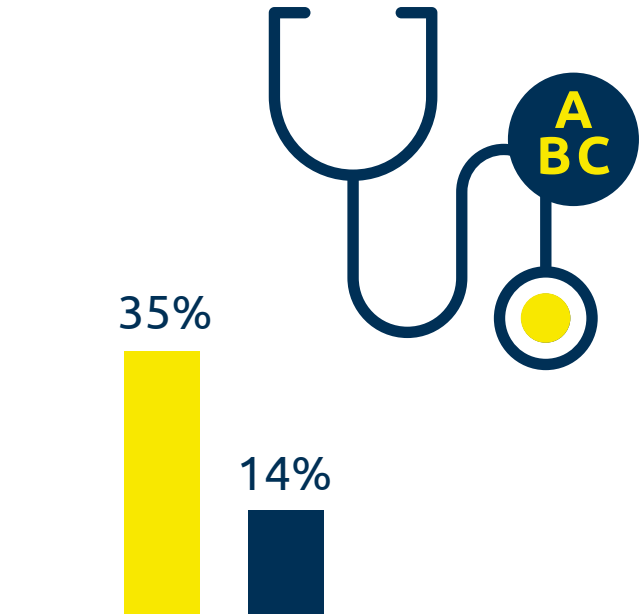
Hildesheim auf einen Blick



- ① — Geschlossene DIK-Moschee
(verbotener) Verein: Deutschsprachiger Islamkreis Hildesheim e. V.
- ② — Ayasofya Moschee
Verband: Islamische Gemeinschaft Milli Görüş (IGMG)
- ③ — Verein: Islamischer Verein Hildesheim und Umgebung e. V.
Selimiye-Moschee
Verband: DITIB Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.
Verein: Türkisch Islamische Gemeinde zu Hildesheim e. V.



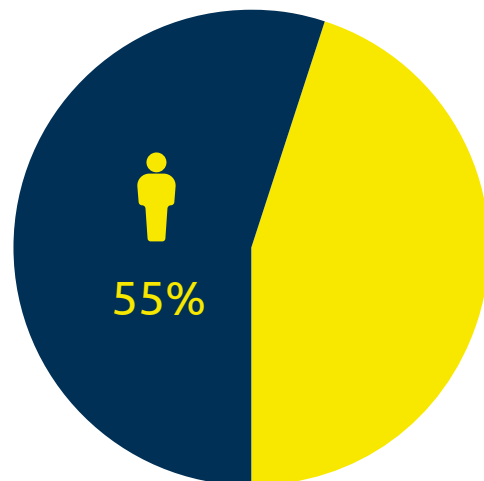
Migration und Teilhabe in Hildesheim



In der **Hildesheimer Nordstadt** fällt mehr als jedes dritte Kind (35 Prozent) bei der Schuleingangsuntersuchung durch. Am anderen Ende der Stadt im Stadtteil Marienburger Höhe/Galgenberg sind es nur rund 14 Prozent.

Hildesheim hat 104.712 Einwohner*innen – davon hat etwa **jede*r Dritte einen Migrationshintergrund**^{1,2}. 13 Prozent sind Drittstaatsangehörige³. Etwa 10 Prozent⁴ sind Muslim*innen.

Bei den **Kindern und Jugendlichen** in Hildesheim hat **mehr als die Hälfte** einen Migrationshintergrund.



In der **Hildesheimer Nordstadt** liegt der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund bei **55 Prozent** (Drittstaatsangehörige 31 Prozent).

¹Quelle: Sozialmonitoring Stadt Hildesheim 2025, <https://www.stadt-hildesheim.de/portal/seiten/sozialplanung-900001474-33610.html>

² Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde.

³ Eine Person gilt als drittstaatsangehörig, wenn sie keine Staatsbürgerschaft eines EU-Staates besitzt.

⁴ Fokusbericht 2024: Drittstaatsangehörige in Hildesheim, Datenstand Juni 2023, S.9 <https://www.stadt-hildesheim.de/downloads/datei/NTcyYjY0YTFmMjczMjY4NVpENmZSVWpBZG1UeFdQUkRtaDFSQ2t5cXl-lY3JKOWxXTGdHvkFFSzJNYlV4UEdTZGhoTjRlL0cyd3U2VTNyaEFxaEFH-VGVjMkNXeEtINiNYTDdaVG1pR2JNT1UwaHVrMzlnVXdxUM1A4SzdlenRZdl-pyRGpQpTW5xRmtZZ1EwNW5Fayt3L3FaSDFxRCtRN1ZTUU1pMXRDUT09>

Ausgangssituation zu Beginn der Beratung

„Eine Stadt macht sich auf den Weg.“ So hätte das Leitmotiv der Stadt Hildesheim zu Beginn der Kommunalen Konfliktberatung im Frühjahr 2019 lauten können. Hinter der Stadtgesellschaft lagen zwei bewegte Jahre: Die unerwartete Radikalisierung einer Gruppierung und die anschließende polizeiliche Stürmung der Moschee des Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim (DIK) in der Nordstadt (s. Infokasten) hatten tiefe Spuren hinterlassen.

Hildesheim stand als Kommune vor einer sehr speziellen Herausforderung: Nach der Schließung hatte sich in der Stadt eine Sprachlosigkeit breitgemacht. Die Behörden ermittelten gegen den Imam und weitere Angehörige der Gemeinde aufgrund von Verbindungen zum IS. Währenddessen wuchs in der Stadt die Verunsicherung. Die juristische Aufarbeitung reichte nicht aus, um einen diffusen Teppich aus Zuschreibungen und Verdächtigungen zu entwirren. Auf Anregung aus der Zivilgesellschaft suchte die Stadt den Kontakt zu Pro Peace und ein starkes Interesse an einer externen Beratung wurde deutlich.

Einer der ersten Befürworter einer solchen Beratung war Frank Auracher. Der Quartiersmanager beobachtete damals, wie eine neue Emotionalität im Bezug auf den Islam das Zusammenleben zunehmend belastete:



„Mein Eindruck war damals, dass Muslime insgesamt unter Verdacht standen. In der Nordstadt hatte ich eigentlich gegenteilige Erfahrungen gemacht und konnte das so nicht stehen lassen. Es war etwas geschlossen und verboten worden, aber eine befriedende Wirkung in der Bevölkerung hatte das nicht. Im Gegenteil: Die Schließung hatte das Misstrauen eher verstärkt. Menschen aus der muslimischen Community fanden sich wieder in einer Verteidigungs- und Rechtfertigungsrolle, die sie schon kannten. Als der Beratungsprozess in Gang kam, konnte Vertrauen wachsen – nicht nur hier im Viertel, sondern auf einer höheren Ebene.“

**Frank Auracher, Lebenshilfe Hildesheim e. V.,
Leiter des Stadtteilbüro Nordstadt**



Mohammed Nouali, der Vorsitzende des Beirats für Migration der Stadt Hildesheim, hat die ehemalige DIK-Moschee selbst besucht und die Verunsicherung infolge ihrer Schließung erlebt:

„Die Stürmung wurde von Muslimen auch als eine Botschaft der Einschüchterung wahrgenommen. Die Menschen hatten Angst und zogen sich zurück. Viele trauten sich nicht mehr zu sagen, dass sie die DIK-Moschee besucht hatten. Aber Schweigen und Rückzug können fatale Auswirkungen haben – auf die Integration von Muslimen in der Gesellschaft, auf das friedliche Zusammenleben in Hildesheim, auf die Radikalisierung. Der Verlust der eigenen Identität und des Heimatgefühls kann die Entstehung von Parallelgesellschaften begünstigen. Um solche Gefahren zu vermeiden, haben einige Engagierte von uns die Initiative ergriffen, diesen Eisberg zu brechen, um die Lage zu verändern, indem wir eine Kommunikationsbrücke mit der Stadt Hildesheim aufgebaut haben.“

Mohammed Nouali, Vorsitzender des Beirats für Migration der Stadt Hildesheim

Als Leiterin der Stabsstelle Migration und Inklusion verantwortete Sonja Wutke den Beratungsprozess bei der Stadtverwaltung mit. Sie war von Beginn an auf ein umsichtiges Vorgehen bedacht:

„Für uns war es wichtig, dass der Prozess nicht einseitig ist und allein durch die Stadt gegangen werden

Radikalisierung und Schließung der DIK-Moschee

Auszug aus der Studie „Der Deutschsprachige Islamkreis Hildesheim. Eine radikalislamische Moscheegemeinde im Kontext von Behörden und Stadtgesellschaft“⁵

„Im Jahr 2016 bestimmte die Moschee des „Deutschsprachigen Islamkreises Hildesheim“ (DIK), die zuvor außerhalb des Kreises der Sicherheitsbehörden wenig Aufmerksamkeit auf sich gezogen und nur als eine salafistische Moschee von nachrangiger, lokaler Bedeutung gegolten hatte, die bundesweiten Schlagzeilen. Es wurde bekannt, dass in der unscheinbaren Moschee jahrelang nicht nur zu Ausreisen in die vom Islamischen Staat (IS) besetzten Gebiete aufgerufen wurde, sondern diese auch geplant und befördert wurden.

Mit einem Mal galt die Moschee als das faktische Zentrum des IS in Deutschland. In kurzer Folge kam es erst zu Razzien (Juli 2016) und schließlich zur Verhaftung des Imams und der prägenden Figur der Moschee, Ahmad A., bekannt als „Abu Walaa“. Nachdem die Moschee und ihr Trägerverein 2017 (März bzw. April) durch das Niedersächsische Innenministerium verboten wurden und sich Abu Walaa ab September 2017 vor dem Oberlandesgericht (OLG) Celle für die Mitgliedschaft im IS und andere Taten verantworten musste, schwand das öffentliche Interesse wieder.“

*kann. Es ist eine gemeinsame Aufgabe aller Beteiligten. Deswegen gehörten in die Lenkungsrunde⁶ auch Vertreter*innen unterschiedlicher Gruppen und Organisationen.“*

Sonja Wutke, Leiterin der Stabsstelle Migration und Inklusion der Stadt Hildesheim

⁵ Klevesath, L.; Munderloh, A.; Hild, M.; Sprengeler, J. (2022): Der ‚Deutschsprachige Islamkreis Hildesheim‘ - Eine radikalislamische Moscheegemeinde im Kontext von Behörden und Stadtgesellschaft - FoDEX Studie Nr. 10; S. 7; online einsehbar unter dem Link: <https://www.fodex-online.de/publikationen/dik-hildesheim> (zuletzt eingesehen am 6. Januar 2026)

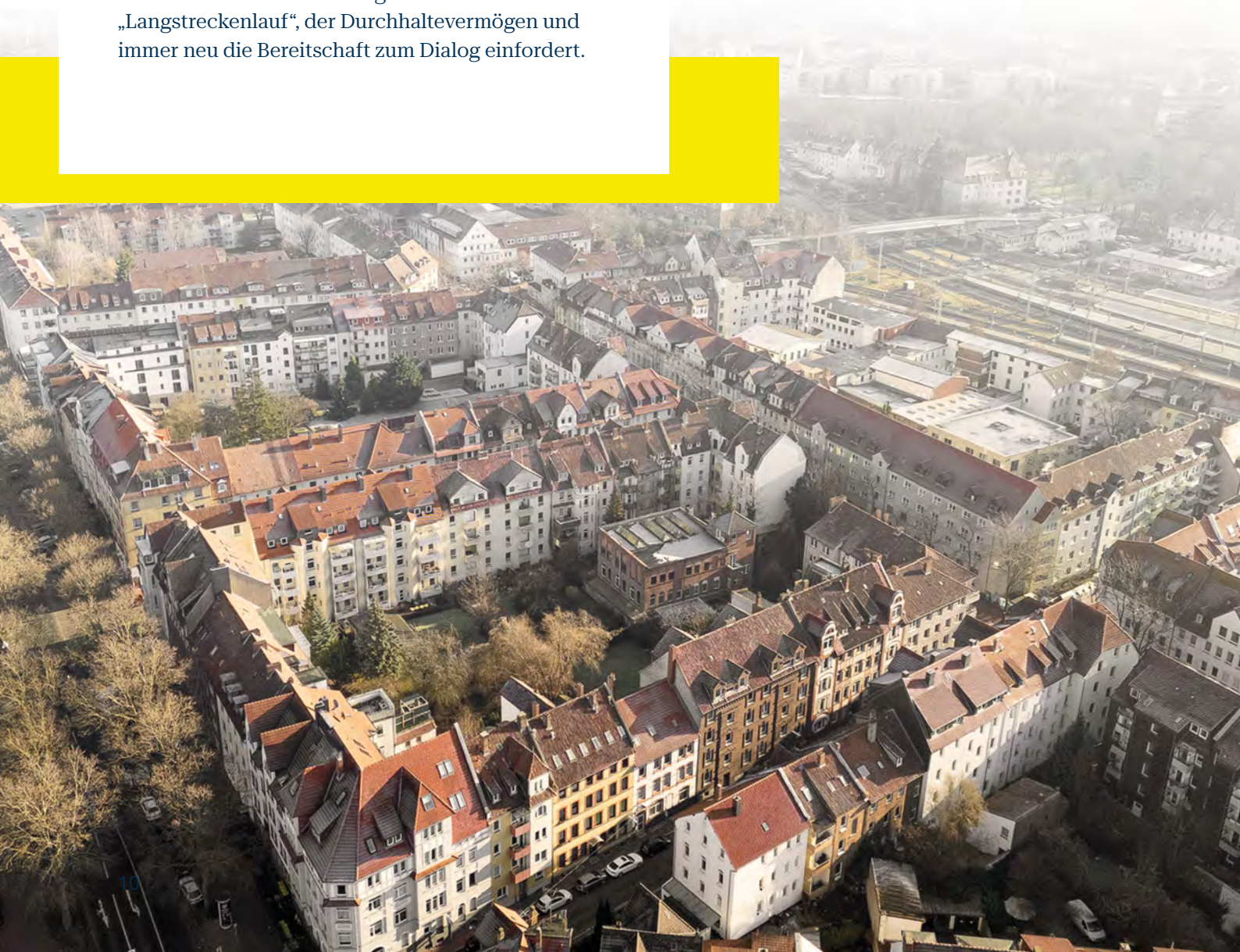
⁶ Die Lenkungsrunde ist ein Gremium, in dem sich Vertreter*innen der Stadtgesellschaft zu Beginn der Kooperation und im weiteren Verlauf mehrfach im Jahr treffen, um das Vorgehen im Beratungsprozess mitzugestalten.

Neben der Stadtverwaltung und Pro Peace waren Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und vor allem der muslimischen Communities sowie der Polizei in dieser Runde vertreten. Als leitender Polizeidirektor erinnert sich Michael Weiner an diese Konstellation:

„Das war erst einmal gewöhnungsbedürftig, dass sich die Polizei da dazugesetzt hat. Wir waren der Meinung, dass die Polizei eine wichtige Rolle spielen kann und wollten Vertrauen aufbauen. Also haben wir unsere Hand ausgestreckt, kommuniziert und unsere Position erklärt. Für die Stadt und die Menschen war es wichtig, gemeinsam in die externe Beratung zu gehen und uns über unsere Sicht auf die Dinge auszutauschen. Wir mussten wieder enger zusammenrücken.“

Michael Weiner, Leitender Polizeidirektor der Polizeiinspektion Hildesheim

So hat sich die Kommune auf den Weg gemacht, mit der Begleitung von Pro Peace zwölf Handlungsfelder erarbeitet und setzt diese nun selbstständig um. Auf den nächsten Seiten folgen Einblicke in diesen „Langstreckenlauf“, der Durchhaltevermögen und immer neu die Bereitschaft zum Dialog einfordert.



Meilensteine im Beratungsprozess Hildesheim

2018

Erstkontakt und Anbahnungstreffen

Ein Verein aus Hildesheim nimmt Kontakt zu Pro Peace auf. Danach kommt es zu Anbahnungstreffen mit der Stadtverwaltung und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft.

2019

Kooperationsvertrag

Der Oberbürgermeister unterschreibt einen Kooperationsvertrag mit Pro Peace. Darin werden unter anderem die Ziele der Zusammenarbeit vereinbart.

2019

Einrichtung einer Lenkungsrunde

Die Kooperationspartner richten eine Lenkungsrunde ein, deren Mitglieder eine vertrauensvolle Zusammenarbeit auf Augenhöhe entwickeln.

2019–2020

Hintergrundgespräche

Das Beratungsteam spricht mit Vertreter*innen sozialer Träger und Vereine, Religionsgemeinschaften, Stadtverwaltung, Lokalpolitik, Bürger*innen, Polizei und dem Kultur- und Bildungsbereich über die Hintergründe und zur Situation in Hildesheim.

2020

Konfliktanalyse

Pro Peace erstellt auf Grundlage der Hintergrundgespräche und zusätzlicher Recherche eine Systemische Konfliktanalyse. Diese beleuchtet die verschiedenen Perspektiven der beteiligten Gruppen, untersucht ihre Wechselwirkungen und ergründet, welche Faktoren die Konfliktdynamik verstärken oder entspannen.

2020

Rückspiegelung und Besprechung der Konfliktanalyse

Im Laufe des Sommers treffen sich verschiedene Gruppen auf Einladung jeweils eines Mitglieds der Lenkungsrunde, um die Konfliktanalyse gemeinsam zu reflektieren. Dabei entsteht eine erste Sammlung von Ideen, was angesichts der bestehenden Konfliktdynamiken getan werden könnte.

2021

Entwicklung eines Handlungskonzepts

Aufbauend auf der Ideensammlung entwirft Pro Peace ein erstes Handlungskonzept. Die Lenkungsrunde entwickelt dieses weiter und einigt sich schließlich auf eine Version, die zugleich festhält, wer in den zwölf Handlungsfeldern jeweils federführend sein soll.

2021

Interkommunale Fachtagung in Hildesheim

Pro Peace richtet seine jährliche Interkommunale Fachtagung in Hildesheim aus. Sie bietet die Gelegenheit, Erfolge und Herausforderungen vor Ort mit Vertreter*innen anderer Kommunen zu reflektieren.

2022

Auftaktworkshop für das Handlungskonzept

Im Rahmen eines Workshops beginnt die Umsetzung des Handlungskonzeptes. Neben den Mitgliedern der Lenkungsrunde und den jeweils für ein Handlungsfeld Federführenden werden dabei weitere relevante Personen und Gruppen aus Hildesheim eingebunden.

Seit 2022

Umsetzung von zwölf Handlungsfeldern

Beispiele für umgesetzte Handlungsfelder:

- Zwischen der Stadtverwaltung und muslimischen Bürger*innen wurde eine Dialogrunde ins Leben gerufen. Nach einer Phase des Kontakt- und Vertrauensaufbaus finden seither regelmäßig Treffen zur Bearbeitung von gemeinsam abgestimmten Themen statt.
- In einer ad-hoc-Runde tauschen sich Stadtverwaltung, Polizei und muslimische Vertreter*innen anlassbezogen aus und entwickeln gemeinsam Lösungen für akute Themen und Herausforderungen.
- Der Präventionsrat der Stadt Hildesheim hat frühere Dialogveranstaltungen wieder aufgenommen.
- Ein Austausch im vertrauensbasierten Kreis schafft die Möglichkeit, über persönliche Erfahrungen mit der ehemaligen DIK-Moschee zu sprechen und diese aufzuarbeiten.
- Zukunftsweisende Ansätze der interkulturellen und interreligiösen Begegnung aus dem Konzept zur Bewerbung Hildesheims als Kulturhauptstadt Europas 2025 werden aufgegriffen und weiterentwickelt.

2022

Auswertende Lenkungsrunde

Im Dezember 2022 trifft sich die Lenkungsrunde, um den Beratungsprozess auszuwerten. Die Lenkungsrunde des Beratungsprozesses löst sich auf und ab Januar 2024 führt eine neu gegründete „Lenkungsrunde interreligiöser Dialog“ Prozesse fort, die die Beratung angestoßen hat – auch nach deren Abschluss.

2023

Austausch zum Handlungskonzept

Ein Jahr nach dem Auftaktworkshop findet erneut in großer Runde ein Austausch zum Umsetzungsstand des Handlungskonzepts und eine Verständigung zu weiteren Bedarfen für den Aufarbeitungsprozess in Hildesheim statt.

2024

Einbeziehung des Kulturbereiches

Der bislang in der Stabsstelle Migration und Inklusion der Stadt Hildesheim verankerte Prozess wird stärker als Thema des interkulturellen und interreligiösen Dialogs verortet. Das Beratungsteam begleitet die Mitarbeitenden der städtischen Stabsstelle für Kultur und Stiftungen beim Einstieg in diesen Prozess.

2025

Abschluss des Beratungsprozesses

Das Beratungsteam blickt in verschiedenen Gesprächen mit Beteiligten auf den Prozess zurück. Dabei wird auch reflektiert, wie die begonnen Veränderungsprozesse in Zukunft gestaltet werden. Pro Peace und Hildesheim bleiben weiterhin vernetzt, um das Zusammenleben in einer diverser werdenden Stadtgesellschaft aktiv zu gestalten und die Fähigkeiten zur konstruktiven Konfliktbearbeitung in Kommunen zu stärken.



Von der Sprachlosigkeit in den Dialog



Ein Lernprozess

für Stadt und Verwaltung

Tabus, Verletzungen und Sprachlosigkeit – es war kein leichtes Gepäck, mit dem die Stadtverwaltung Hildesheim 2019 in den Beratungsprozess gestartet ist. Im Gespräch mit Pro Peace blicken Sozialdezernent Malte Spitzer und Lene Wagner, Leiterin der Stabsstelle für Kultur und Stiftungen, zurück auf ein für sie besonderes Experiment – und in die Zukunft der Domstadt.

Pro Peace: Wir haben unsere Zusammenarbeit 2019 aufgenommen. Die Erstürmung der DIK-Moschee, lag etwa zwei Jahre zurück. Wie war die Stimmung in der Stadt damals?

Malte Spitzer: Ich habe wahrgenommen, dass es eine lange Zeit der Sprachlosigkeit gab. Es gab immer wieder Signale von Mitgliedern der muslimischen Communities, dass man sich verletzt fühle, wie mit diesem ehemaligen Gotteshaus umgegangen worden ist. Diese Verletzung haben wir als Verwaltung erstmal nicht wahrgenommen. Es brauchte eine längere Zeit, um sowas wie eine Irritation mitzubekommen, diese ernst zu nehmen und sich zu fragen: Müssen wir nicht etwas tun?

Pro Peace: Worauf hat sich die Stadt damals eingelassen?

Spitzer: Angesichts der Sprachlosigkeit wurde uns klar, dass wir einen neuen Ansatz brauchen, um mit dieser Situation angemessen umzugehen. Das Zauberwort ist „Dialog“. Die Verwaltung musste in einen komplexen Dialogprozess eintreten. Und sie war gut beraten hier die Expertise der Konfliktberatung hinzuzuziehen. Denn dieser Prozess war gespickt mit Tabus, Verletzungen und

Sprachbarrieren. Es gab Fremdzuschreibungen, die man teilweise noch gar nicht kannte und Erwartungen an die Stadt und umgekehrt, die nie thematisiert worden waren. Wir haben versucht, diese Phantasien durch Informationen zu ersetzen, indem wir in den Dialog kommen. Das war im Wesentlichen das Experiment, auf das wir uns eingelassen haben.

Pro Peace: Wie würden Sie den damaligen Auftrag an uns beschreiben?

Spitzer: Pro Peace hat die Stadt in diesen fünf Jahren bei der hoch anspruchsvollen Aufgabe un-

terstützt, Unsagbares sagbar zu machen, Sprachlosigkeiten aufzulösen sowie Menschen, die sich marginalisiert oder stigmatisiert fühlen, zu ermuntern, das Wort zu erheben und dieses dann für Politik und Verwaltung zu übersetzen. Sprachlosigkeit überwinden und einen qualifizierten Dialog ermöglichen – das war von unschätzbare Wichtigkeit für die Stadt Hildesheim.

Pro Peace: Was hat der Beratungsprozess mit Ihnen und Ihrer Rolle gemacht?

Spitzer: Die Verwaltung selbst war aus Sicht der muslimischen Communities ein Teil des Problems. Sie war für manche bisher vor allem zuständig für Ausweisungen, Versagung von Duldungen und Repressionen. Wir standen für den Staat. Und damit waren wir eben nicht der Inbegriff von Vertrauen und Wertschätzung. Das heißt wir hatten am Anfang ein schweres Gepäck. Hätten wir allein diesen Prozess angestoßen und gestaltet, dann wäre das zum Scheitern verurteilt gewesen.

Pro Peace: Und hat sich diese Wahrnehmung aus Ihrer Sicht verändert?

Spitzer: Im Ergebnis glaube ich schon, dass wir glaubwürdiger und verbindlicher wahrgenommen werden. Aber man muss – und das ist das Wichtige und das Bleibende dieses Prozesses – immer wieder den Dialog suchen und diese Dinge ansprechen. Das ist der große Unterschied zu vorher. Das Ernstnehmen und Wertschätzen lebt davon, dass man dranbleibt und weiter den Dialog sucht.



Pro Peace: Was waren für Sie die Schlüsselmomente in den vergangenen fünf Jahren?

Spitzer: Schlüsselmomente haben wir viele erlebt. Im Dialogformat der Stadtverwaltung mit den muslimischen Beteiligten haben wir beispielsweise oft die Rückmeldung erhalten, dass dieses sehr geschätzt wird. Auch im Diskussionsprozess zum Thema deutschsprachiger Islamunterricht gab es am Ende eine sehr herzliche Dankes-E-Mail, dass wir den Dialog hergestellt haben. Ich will das nicht überbewerten, aber das sind sehr ermutigende Signale.

Lene Wagner: Es ist eine Atmosphäre der Wertschätzung seitens der muslimischen Community entstanden. Wertschätzung auch unserem Bemühen gegenüber. Ich erfahre immer wieder, dass man auch bereit ist anzuerkennen, dass Dinge schwierig sind, Zeit brauchen und sich nicht von heute auf morgen ändern lassen. Das ist ein Resultat des Beratungsprozesses, dass wirklich eine Vertrauensebene entstanden ist.

Pro Peace: Was haben Sie persönlich auf diesem Weg gelernt?

Spitzer: In Konflikten wie diesem geht es darum, herauszufinden, in welchem Bereich man Brücken bauen kann. Wir haben festgestellt, dass das nicht im Ordnungsrecht geht. Vielleicht im Verwaltungsrecht, ein bisschen in der Sozialpolitik. Aber das, was der Bereich Kultur an Sprachfähigkeit im Sinne einer Einladung zum Mitmachen und zum Dialog herstellen kann, kann kein anderes Arbeitsfeld. Das war ein wichtiger Lerneffekt: Wenn es darum geht Dialog herzustellen, ist Kultur unschlagbar wirksam.

Wagner: Kultur befasst sich mit der Frage nach Sinn und Bedeutung, Werten, Identitäten und Lebensentwürfen. All das sind nicht nur philosophische Fragen, sondern Fragen, die wirklich unseren sozialen Zusammenhalt berühren. Das gilt nicht nur für Hildesheim. Uns interessiert im Gegenzug auch Ihr Blick: Wie schauen Sie nach fünf gemeinsamen Jahren auf das heutige Hildesheim?

Pro Peace: Wir haben uns mit den Folgen der Schließung der DIK-Moschee beschäftigt und da hat sich sehr viel bewegt. Jetzt gilt es, den Blick über die Bearbeitung dieses speziellen Konfliktes hinaus zu richten: Was bedeutet das für andere Konflikte? Was heißt das für das Zusammenleben insgesamt?



Es wurde zwar ein Konflikt bearbeitet, aber darüber hinaus entstehen auch andere Wirkungen struktureller Art.

Spitzer: Ich glaube, dass sich alle Kommunen die Frage stellen müssen, ob wir beim Thema Zusammenleben eigentlich mit Begriffen wie „Teilhabe“ schon ausreichend handlungsfähig sind, was die neue Herausforderung angeht: Je internationaler wir werden, desto relevanter wird das Thema Zusammenleben. Und je mehr wir dort investieren, desto mehr gewinnen wir. Denn wenn wir das nicht tun, spüren wir die Konsequenzen auf den Schulhöfen, auf der Straße und in den Krankenhäusern.

Pro Peace: Wie blicken Sie zum Abschluss des Beratungsprozesses in die Zukunft?

Spitzer: Die Kollegen von Pro Peace haben ihre Expertise mit uns geteilt. Jetzt versuchen wir daraus abzuleiten, wie wir die Stadtverwaltung als Organisation umbauen wollen: Wo müssen wir auf Dauer Kompetenzen aufbauen? Wie sieht eigentlich unsere Zukunft als diverse, bunte und internationale Stadt aus? Es hilft, wenn man sich als Stadt grundsätzlich damit beschäftigt und damit auch ein dauerhaftes Versprechen bekundet: Wir wollen hier zusammenleben und sind auch bereit, die Konsequenzen zu tragen. Diese Diskussionen fangen jetzt an. Ich glaube, am Ende der Begleitung durch Pro Peace stehen wir spannenderweise am Anfang eines neuen Prozesses.

Wirkung der Kommunalen Konfliktberatung in Hildesheim

In Hildesheim hat die Kommunale Konfliktberatung eine Reihe von Veränderungen angestoßen, die sowohl in kleinen Ausschnitten als auch in größeren Zusammenhängen deutlich werden. Ein exemplarischer Überblick.

1. Wer gehört wird, hört auch anderen zu

Seit der Moscheeschließung herrschten in Hildesheim Verunsicherung und Misstrauen. Einige Teilnehmende im Beratungsprozess hatten spürbar Vorbehalte, miteinander offen in den Austausch zu treten. Im Laufe der Hintergrundgespräche und Austauschformate entstand jedoch das Gefühl, gehört und wahrgenommen zu werden. Eine kleine Veränderung mit großer Wirkung: Im sicheren Rahmen der Gespräche mit dem Beratungsteam wuchs aus der Erfahrung, selbst gehört zu werden, eine zunehmende Bereitschaft auch anderen Gehör zu schenken – und sich für deren Sichtweisen zu öffnen.

2. Menschen treten (wieder) in Kontakt

Ein konkreter Fall verdeutlicht, welche Wirkungen die Hintergrundgespräche schon im Kleinen entfalten konnten: Ein Gesprächspartner empfahl für ein Hintergrundgespräch eine Person, die bei der Kontaktaufnahme überrascht reagierte, empfohlen worden zu sein. Die beiden Personen nahmen nach langer Funkstille wieder Kontakt auf. Mit kleinen Veränderungen wie diesen kam Bewegung ins System.

3. Stadtverwaltung und muslimische Communities sprechen miteinander

Die Konfliktanalyse machte deutlich, dass zwischen Stadtverwaltung und muslimischen Communities kaum Kontakte bestanden. Die beiderseitige Verunsicherung, auf welche Ansprechpartner*innen man angesichts der Geschehnisse in der DIK-Moschee vertrauensvoll zugehen konnte, hatte ein gemeinsames entschiedenes Vorgehen gegen Radikalisierung verhindert. Im Beratungsprozess gelang es, Kommunikationskanäle zwischen relevanten Schlüsselakteuren beider Seiten aufzubauen und ein regelmäßiges Austauschformat einzurichten. Indem relevante Stellen innerhalb der Verwaltung mit Personen besetzt wurden, die aufgrund des eigenen kulturellen und religiösen Hintergrundes leichter Zugang zu verschiedenen Communities in der Stadt finden können, wurde dieser positive Prozess verstärkt. Radikalisierende Tendenzen können so in Zukunft früher erkannt und entkräftet werden.

4. Vertrauensvolle und tragfähige Beziehungen sind entstanden

Zwischen Schlüsselakteuren aus Verwaltung, muslimischen Communities, Zivilgesellschaft und Polizei sind in der Lenkungsrunde und darüber hinaus vertrauensvolle und belastbare Beziehungen entstanden. Deutlich wird dies am Beispiel der Ad-hoc-Strukturen, die Teil der Umsetzung des Handlungskonzepts sind: Bei dringlichen Heraus-

forderungen mit Handlungsbedarf wird auf kurzfristigen Zuruf eine kleine Austauschrunde einberufen, um gemeinsam und auf Augenhöhe über notwendige Schritte zu beraten. Die auf gegenseitigem Vertrauen basierende Zusammenarbeit hat sich mehrfach bewährt und trägt dazu bei, Unsicherheiten abzubauen.

5. Dialog und Austausch haben Sprachlosigkeit verdrängt

Als der Beratungsprozess begann, lag seit der Schließung der Moschee zwei Jahre zuvor ein ‚Deckel‘ auf dem Thema: Sprachlosigkeit und Tabuisierung waren spürbar. Wer über die Moschee sprach, machte sich verdächtig und wurde mit religiöser Radikalisierung in Verbindung gebracht. Davon betroffen waren besonders Muslim*innen und ehemalige Moscheebesucher*innen. Die Kommunale Konfliktberatung trug dazu bei, stille Konflikte und ein ‚lautes Schweigen‘ rund um die Schließung besprechbar zu machen. Sie half, das Schweigen zu durchbrechen, Stimmen hörbar zu machen, Menschen wieder ins Gespräch zu bringen und somit eine Aufarbeitung der Geschehnisse zu ermöglichen.

6. Neue Strukturen gestalten das Zusammenleben der Zukunft

Inzwischen geht es in Hildesheim mehr um die gemeinsame Gestaltung des zukünftigen interkulturellen Zusammenlebens als um Vergangenes. Das Thema interreligiöser und interkultureller Dialog hat heute einen festen Platz in der städtischen Stabsstelle für Kultur und Stiftungen. Begleitet wird dieses Engagement von der Lenkungsrunde Interreligiöser Dialog der Stadt Hildesheim. Auch der Präventionsrat Hildesheim bietet eine wichtige Struktur in diesem Bereich. Nachdem sein Engagement angesichts der Spannungen und Unsicherheiten im Nachgang der Moscheeschließung zunächst zurückgegangen war, führt er nun wieder Dialogveranstaltungen durch.

⁷ Die Reportage „Eine Stadt bricht das Schweigen Rückblick: Vier Jahre Kommunale Konfliktberatung in Hildesheim“ von Hannah Sanders stellt diesen Aspekt anschaulich dar.
<https://www.propeace.de/de/eine-stadt-bricht-das-schweigen>



Austausch auf Augenhöhe

Stadtverwaltung und muslimische Communities im Dialog



„Wir haben diesen Dialog dringend gebraucht. Mit der Zeit entstand eine gute Atmosphäre des Austauschs, auch weil die Moderation des Beratungsteams mit seiner Neutralität und seiner Expertise beruhigend gewirkt hat. Es gelingt uns, in diesem Austausch offen und respektvoll miteinander zu sprechen und Vorurteile abzubauen.“

Aiman Ismail, Mitglied Beirat für Migration, vereidigter Dolmetscher, ermächtigter Übersetzer und Berufsbetreuer

Aus dem Handlungskonzept der Kommunalen Konfliktberatung ist in Hildesheim ein regelmäßiges Dialogformat zwischen der Stadtverwaltung und verschiedenen muslimischen Communities entstanden. Es sollte die Distanz überwinden und Vernetzung schaffen. An dem Format sind etwa Vertreter*innen der Ayasofya-Moschee, der Selimiye-Moschee, der Muslimischen Hochschulgemeinde sowie einer Gruppe Muslime mit arabisch geprägtem Hintergrund beteiligt.

Ein zentrales Anliegen der Teilnehmenden ist der offene Austausch auf Augenhöhe – auch zu Themen, die als herausfordernd und kontrovers wahrgenommen werden. Dafür wurden Brücken geschlagen, beispielsweise zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen und zwischen Menschen, die Basisarbeit machen und jenen, die in der Verwaltungsspitze tätig sind. Die Themensetzung erfolgt gemeinsam. Bei Bedarf ziehen die Teilnehmenden externe Expertise hinzu. Beim Austausch zum islamischen Religionsunterricht kamen beispielsweise Sachkundige des Niedersächsischen Kultusministeriums und des Beirats für den Islamischen Religionsunterricht in Niedersachsen hinzu.

Im Laufe der Zeit ist in der Runde eine vertrauensvolle Zusammenarbeit entstanden, geprägt von Respekt und der gegenseitigen Anerkennung berechtigter Anliegen. Es gelang, einen wertschätzenden Dialog zwischen den Schlüsselakteuren der Stadtverwaltung und den muslimischen Gemeinschaften zu etablieren, bei dem alle Seiten ihre Perspektiven einbringen und Herausforderungen gemeinsam angehen.



„Das Austauschformat ist ein wichtiger Schritt zu mehr Teilhabe, Respekt und Zusammenarbeit. Es ermöglicht muslimischen Bürger*innen, ihre Perspektiven einzubringen und auf Augenhöhe mit der Stadt zu sprechen. Dieser Dialog muss zu greifbaren Ergebnissen führen, um gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer pluralen Gesellschaft zu fördern. Künftig gilt es, das Format inklusiver zu gestalten und gezielt junge Menschen, Frauen und unterrepräsentierte Gruppen innerhalb der muslimischen Community einzubeziehen.“

Melanie Gündüz, Dialogbeauftragte und stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Selimiye Moschee (DİTİB) in Hildesheim



„Der Austausch zwischen der Stadtverwaltung und muslimischen Bürgerinnen und Bürgern ist ein wichtiges Zeichen für Anerkennung und Teilhabe. In Zeiten gesellschaftlicher Spannungen fördert dieses Dialogformat Vertrauen, baut Missverständnisse ab und stärkt das friedliche Miteinander. Diese Werte haben auch im Islam einen großen Stellenwert. Für die Zukunft wünsche ich mir, dass die bewusste Förderung des friedlichen Zusammenlebens durch Begegnung und Austausch spürbare Impulse für die kommunale Praxis setzt.“

Sinan Öztürk, Imam der Hildesheimer Ayasofya Moschee



„Die Gespräche innerhalb dieses Austauschs sind sehr ehrlich und offen. Es ist ein sicherer Raum, in dem wir uns über soziale Probleme und Strukturen austauschen und Lösungen finden können. Am Anfang braucht man dafür einen kleinen funktionalen und vertrauenswürdigen Kreis. Doch wir müssen das, was wir in diesem Dialogformat machen, ausweiten, um viele Perspektiven einzubeziehen, zu vernetzen und offener zu sein. Langfristig müssen wir alle erreichen - die gesamte Gesellschaft.“

Barış Şafak, Stabsstelle Migration und Inklusion, Stadt Hildesheim

Und wie geht's nun weiter, Hildesheim?

Ein Zukunftsbild für ein gutes Zusammenleben innerhalb ihrer Stadtgesellschaft zu entwerfen – das beschäftigte alle Mitwirkenden während der Kommunalen Konfliktberatung in den vergangenen Jahren. Dabei bleiben die Ideen und Wünsche, wie es vor Ort künftig weitergehen soll, spannend. Ein Ausblick aus vier Perspektiven.

„Ich würde mich freuen, wenn deutlich würde, was sich die Hildesheimer Muslime wünschen. Denn sie sind ebenso vielfältig hinsichtlich ihrer Ideen, Wünsche und Vorstellungen, wie der nichtmuslimische Teil der Stadtgesellschaft: Gemein ist allen, dass immer wieder der Wunsch nach Augenhöhe formuliert wird. Dem möchte ich gerne den Ausdruck „Teilhabe“ hinzufügen. Ich würde mir als Kulturmanager für interreligiösen Dialog und auch als muslimischer Hildesheimer eine Teilhabe der Muslime auf Augenhöhe an unserer Demokratie wünschen. Ein erster Schritt sind interreligiöse Veranstaltungen, wie wir sie beispielsweise im Rahmen der Kulturregionale 2025 auf die Beine gestellt haben, wo man zusammenkommt, wo man in den Austausch kommt – und die das neue Narrativ von Teilhabe lebendig werden lassen.“

Ilyas El Bouhamouchi, Kulturmanager interkultureller und interreligiöser Dialog der Stadt Hildesheim

„Kommunale Konfliktberatung hat ein strategisches Denken angestoßen. Ungezwungene Dialoge und Begegnungen sind nötig, um mehr Gemeinschaft in der Stadtgesellschaft zu leben. Deshalb bleiben wir dran und engagieren uns in unterschiedlichen Dialogformaten. Dabei bieten wir auch einen Austausch im geschützten Rahmen an, in dem über die Erfahrungen und Verletzungen rund um die Moscheeschließung gesprochen werden kann. Dort berühren wir die entscheidende Frage, die weiter bleibt: Wie stellen wir gemeinsam sicher, dass so etwas nicht noch einmal passieren kann?“

Jörg Piprek, Vorstand Caritasverband für Stadt und Landkreis Hildesheim e.V.



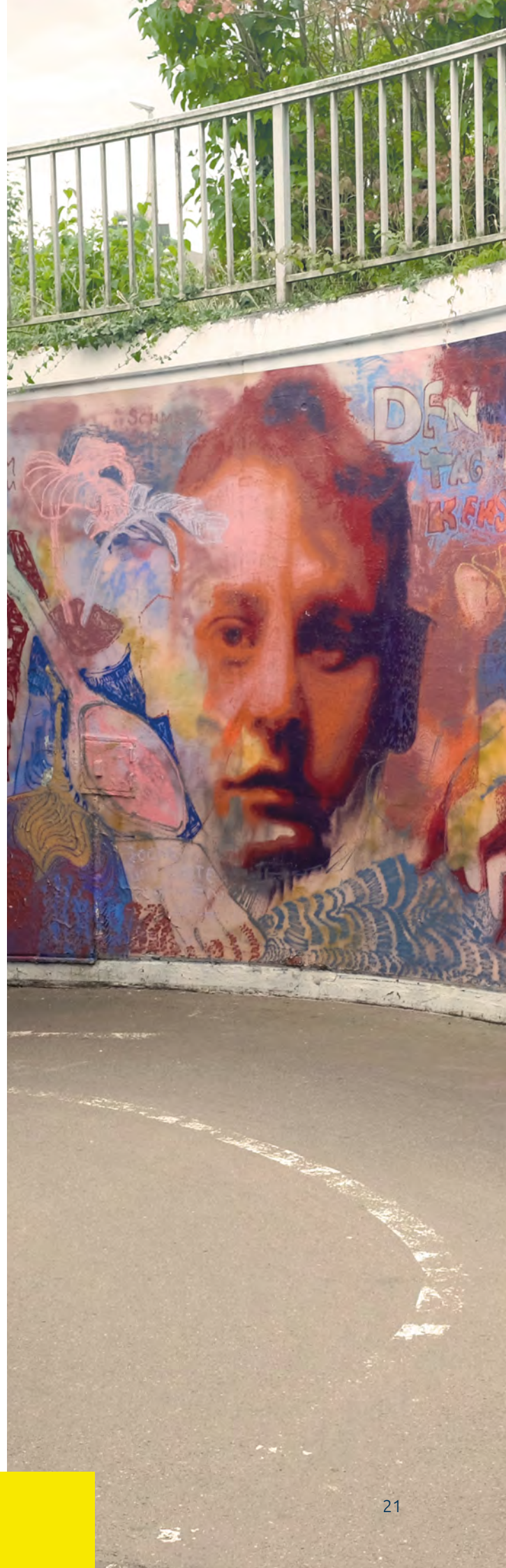


„Der Beratungsprozess hat wertvolle Impulse für das Zusammenleben in Hildesheim gegeben. Auch wenn bestimmte Entwicklungen aus zivilgesellschaftlicher Perspektive unterschiedlich bewertet werden können, sehe ich im offenen Dialog weiterhin großes Potenzial. Entscheidend ist, die vielfältigen Erfahrungen langjährig engagierter Akteurinnen und Akteure stärker einzubeziehen und mit Sensibilität abzuwägen, welche Stimmen nachhaltig zum gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen. Ich wünsche mir, dass Hildesheim auch künftig ein Ort bleibt, an dem Vielfalt als Stärke verstanden und verantwortungsvoll gestaltet wird.“

Emin Tuncay, Sprecher des interreligiösen Arbeitskreises „Abrahams Runder Tisch“

„Für uns hat mit dem Beratungsprozess eine intensive Zusammenarbeit über die Arbeitsbereiche hinweg begonnen und es geht darum, diese Art von Erfahrungen ‚aus der Laborsituation‘ in die Strukturen zu übersetzen. Wenn es gelingt, Behörden in einen kontinuierlichen, wertschätzenden und vertrauensvollen Dialog mit verschiedenen Gruppen der Stadtgesellschaft zu bringen, können wir neuen, unerwarteten Situationen besser begegnen.“

Lene Wagner, Leiterin der Stabsstelle für Kultur und Stiftungen der Stadt Hildesheim



Kommunale Konfliktberatung

Die Kommunale Konfliktberatung (KKB) haben wir von Pro Peace gemeinsam mit unserer Partnerorganisation K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e. V. entwickelt, um Verantwortliche in deutschen Städten und Gemeinden im Umgang mit gesellschaftlichen Spannungen zu unterstützen. Wir glauben daran, dass Konflikte zum menschlichen Zusammenleben dazu gehören. Sie sind nicht zwangsläufig schlecht, sondern ein Zeichen dafür, dass bestehende Verhaltensweisen neu ausgehandelt werden.

Wir begreifen Konflikte in Kommunen also als Chance, um dort nachhaltig ein konstruktives Miteinander zu etablieren.

Bei der Kommunalen Konfliktberatung setzen wir externe Berater*innen ein, die als Außenstehende zusätzliche Perspektiven auf die Konfliktsituation einbringen und neue Impulse geben können. Unsere Teams begleiten die Kooperationspartner*innen in den Kommunen über einen längeren Zeitraum. Meist arbeiten wir für zwei bis drei Jahre zusammen.

Wenn Sie mehr über Kommunale Konfliktberatung erfahren möchten, besuchen Sie unsere **Webseite**:



propeace.de/kommune-konflikt

Abonnieren Sie unseren **Newsletter!**



propeace.de/de/newsletter-kommune-konflikt

Das Beratungsteam



Heike Augustin, Konfliktberaterin

Heike Augustin unterstützt die Bearbeitung kommunaler Konflikte sowohl als freiberufliche Beraterin als auch im Forschungskontext. Ihr konflikt sensibles Vorgehen und Fingerspitzengefühl in der Kommunikation prägten den Austausch mit den Beteiligten in Hildesheim. Das hat zu einer klaren Prozessgestaltung geführt, die an den Bedürfnissen vor Ort ansetzte und auch kritische Momente halten konnte.



Gregor Maaß, Konfliktberater

Gregor Maaß begleitet als freiberuflicher Berater Prozesse der Konflikttransformation auf kommunaler und internationaler Ebene. Er begegnet Menschen mit offenem Interesse und einer allparteilichen Haltung. In Hildesheim wurde deutlich: Wenn die Perspektiven aller Beteiligten gesehen und wertgeschätzt werden, ebnet dies den Weg für Vertrauen und Dialog.



**Wolfgang Dörner, Referent
Beratungsprozesse**

Wolfgang Dörner war bereits in ganz verschiedenen, festgefahrenen Situationen Ansprechpartner für Akteure, die etwas verändern wollen. Auch bei der Begleitung dieses Beratungsprozess, war er neugierig und leicht zu begeistern, als die Hildesheimer*innen neue Wege für sich entdeckten.

Sprechen sie uns an!

Wir kommen gerne zu Ihnen, um über Herausforderungen und Möglichkeiten in Ihrer Kommune zu sprechen. Wir erörtern gemeinsam mit Ihnen die Situation und suchen mit Ihnen nach geeigneten Herangehensweisen. Erst danach entscheiden Sie, ob Sie einen Beratungsprozess mit uns beginnen möchten. Unsere Referent*innen stellen für Sie ein passendes Beratungsteam zusammen und organisieren den Einstieg in den Prozess. Wir freuen uns darauf, mit Ihnen zusammenzuarbeiten.

Wolfgang Dörner
Referent Beratungsprozesse
Tel. +49 (221) 912732 68
wolfgang.doerner@propeace.de



ProPeace

Pro Peace – Entschieden für Frieden

Pro Peace stärkt Menschen weltweit in ihrem Einsatz für Frieden. Als internationale gemeinnützige Organisation fördern wir den gewaltfreien Umgang mit Konflikten und öffnen Wege, um eine gerechtere und friedlichere Zukunft aktiv zu gestalten.

Seit der Gründung 1996 leistet Pro Peace Friedensarbeit – aktuell in 13 Ländern. Im Mittelpunkt unseres Wirkens stehen Akteur*innen, die sich in Konflikten für Frieden und Gewaltfreiheit einsetzen. Wir beraten und fördern sie in ihrem Engagement, setzen gemeinsame Projekte um und machen uns zusammen stark für eine nachhaltige Friedenspolitik.

Seit 2009 bringen wir unsere Expertise aus der internationalen Konfliktarbeit im Rahmen des Programms Kommune & Konflikt auch auf kommunaler Ebene in Deutschland ein.

Wir sind überzeugt, dass Frieden lehr- und lernbar ist. Mit unserer Akademie für Konflikttransformation bieten wir daher professionelle Weiterbildungen und Trainings in der Friedensarbeit an. Die Fortbildung „Konflikte verstehen, Potenziale nutzen“ richtet sich explizit an Menschen, die in Kommunen in Deutschland arbeiten oder sich dort engagieren.

www.propeace.de